Soziale Ungleichheit, politische Partizipation und die Zukunft der Demokratie

Reflexionen zum AdB-Jahresthema 2016

Das Jahresthema des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten im Jahr 2016 lautet: „Wie wollen wir zusammen leben? Armut und Reichtum in der Demokratie". In jeder Ausgabe der „Außerschulischen Bildung" wird ein Beitrag dazu aufgenommen. In diesem Artikel wird der Fokus auf die wachsende soziale Ungleichheit und die damit einhergehende ungleiche Verteilung politischer Partizipationschancen gelegt, also letztlich auf die Zukunftsfähigkeit unserer Demokratie. von Robert Schmidt

Soziale Gerechtigkeit ist ein Schlüsselbegriff moderner Demokratien. Dennoch herrscht keine Einigkeit darüber, welche gesellschaftlichen Zustände darunter verstanden werden sollen und was Gerechtigkeit eigentlich genau bedeutet. Zahlreiche widerstreitende Interessen fließen in die konkreten Ansätze zur Gestaltung sozial gerechter Lebensbedingungen ein. Für die Einen ist das Leben in Industrienationen mit viel Teilhabe, Macht, Bequemlichkeit und Komfort verbunden, für die Anderen wird die seit Jahrzehnten zu beobachtende wachsende Ungleichverteilung von Bildung, Chancen und Ressourcen zu einem Existenzproblem und ist Auslöser von Ängsten.

Ungerechte Lebensbedingungen engen Handlungsspielräume nicht nur ein, sie machen es auch schwer, ein Leben zu führen wie man es sich wünscht. Mit Leistungsunterschieden lässt sich Ungleichverteilung, wie wir noch sehen werden, weder erklären noch rechtfertigen. Sie widerspricht nicht nur fundamentalen Gerechtigkeitsprinzipien, sondern bedroht auch die Demokratie. Der britische Politikwissenschaftler *Colin Crouch* stellte in seinem Buch „Postdemokratie" beispielsweise die These auf, dass die westlichen Demokratien zwar noch eine demokratische Hülle hätten, in ihrer Substanz aber entdemokratisiert seien. „Die Mechanismen der Demokratie wie zum Beispiel Wahlen oder der Parlamentarismus funktionierten zwar noch oberflächlich; faktisch nehme im politischen System der Einfluss privilegierter Eliten, insbesondere aus der Wirtschaft zu." (Marschall 2014, S. 103; vgl. Crouch 2008; 2011) Vor diesem Hintergrund hängen Moralpolitiken und damit verbundene Konflikte und Entscheidungsprozesse weniger vom jeweiligen Regelungsgegenstand ab als vielmehr von den Wertvorstellungen derer, die sich mit ihrer Problemsicht im politischen Prozess durchsetzen können und somit den Rahmen eines Policy-Problems beeinflussen (vgl. Heichel/Knill 2013; Leif/Speth 2013). In der Regel vermischen sich in pluralistischen Gesellschaften unterschiedliche Gerechtigkeitsvorstellungen, dennoch legen eine Reihe von neueren Studien nahe, dass Menschen in schwacher gesellschaftlicher Position sehr wohl Gefahr laufen, von der Dominanz der Eliten und Höhergebildeten im politischen System übergangen zu werden (vgl. Schäfer 2015, S. 73–89, 167–186).

Für die folgenden Ausführungen soll die Gerechtigkeitsdefinition von *Stefan Hradil* als Arbeitsgrundlage dienen, die im Kern auf das aristotelische Verständnis von Gerechtigkeit verweist. „Unter Gerechtigkeit werden →

moralisch begründete, akzeptierte und wirksame Verhaltens- und Verteilungsregeln verstanden, die Konflikte vermeiden, welche ohne die Anwendung von Gerechtigkeitsregeln bei der Verteilung begehrter Güter oder ungeliebter Lasten auftreten würden. Wie alle moralischen Regeln, so setzen auch Normen sozialer Gerechtigkeit voraus, dass Menschen ihr Verhalten und Verteilungsprozesse gestalten können." (Hradil 2012, S. 181) Die spezifischen Ausdrucksformen sozialer Gerechtigkeit[1] sind auf verschiedenen Ebenen, in gesellschaftlichen Einrichtungen, in den Einstellungen und Zielvorstellungen der Menschen sowie in der politischen Partizipation vorzufinden. Eine normative Perspektive sozialer Gerechtigkeit eignet sich ganz gut als Ausgangspunkt für eine Kurzanalyse zu den Wirkungszusammenhängen zwischen den Phänomenen sozialer Ungleichheit und der Zukunftsfähigkeit unserer Demokratie.

Politische Grundwerte

Mit der grundgesetzlichen Aussage „Die Würde des Menschen ist unantastbar" sollte eigentlich der Kurs für das gesamte politische und gesellschaftliche Leben bestimmt sein. Artikel 1 gibt somit eine verbindliche Orientierung für Lösungen in politischen und sozialen Entscheidungsprozessen vor. Politische Grundwerte wie Freiheit, Gerechtigkeit, Gleichheit, Solidarität, Frieden und Sicherheit fokussieren sich allesamt in der Würde des Menschen. Für das Zusammenleben und das Funktionieren einer Demokratie haben die Grundwerte somit eine hohe Bedeutung. Natürlich kann und soll in einer lebendigen Demokratie darüber gestritten werden, wie einzelne Grundwerte,

Wie eine Gesellschaft ihre Armen behandelt, ist der Maßstab dafür, ob sie als human, sozial und demokratisch gelten kann.

die in einem Spannungsverhältnis zueinander stehen, ausbalanciert werden können. Denken wir nur an die Wertepaare Freiheit und Gleichheit oder Freiheit und Sicherheit. Zudem ist vor dem Hintergrund eines beobachtbaren Wertewandels eine intensive öffentliche Debatte darüber, was uns wichtig ist, von großer Bedeutung (vgl. Schiele 2013). Der Schutz der Menschenwürde stellt allerdings eine verbindliche Norm dar, sie ist die Grundlage für die unbedingte Geltung von Menschenrechten und kommt jedem einzelnen Menschen als angeborenes, unveräußerliches Recht zu. Menschenrechte werden nicht von einem Staat gewährt, sie sind dem Staat vorgegeben, sie müssen von ihm anerkannt und geschützt werden. „Jeder hat das Recht auf einen Lebensstandard, der seine und seiner Familie Gesundheit und Wohl gewährleistet, einschließlich Nahrung, Kleidung, Wohnung, ärztliche Versorgung und notwendige soziale Leistungen ...", heißt es im Artikel 25 der für Deutschland bindenden Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte.[2] Das Grundgesetz sowie die Erklärung der Menschenrechte werden zwar in großen Teilen der Gesellschaft prinzipiell bejaht, das Ganze wird allerdings komplizierter und ernüchternder wenn wir uns dem Alltag nähern und insbesondere das Thema Armut in den Blick nehmen.

Armut in Deutschland

Wie eine Gesellschaft ihre Armen behandelt, ist der Maßstab dafür, ob sie als human, sozial und demokratisch gelten kann. „Als typische Armut in modernen Gesellschaften gilt die *relative* Armut, (...) weil sie sich am Lebensstandard und an den Maßstäben der jeweiligen Gesellschaft bemisst. (...) Hiernach wird als arm angesehen, wer so wenig zur Verfügung hat, dass er von der Lebensweise ausgeschlossen ist, die im jeweiligen Land als Minimum annehmbar gilt. Unter diesem Minimum wird immer weniger ein Lebensstandard, sondern die Teilhabe an wesentlichen gesellschaftlichen Bereichen verstanden." (Hradil 2010, S. 3) In diesem Sinne hat die Armut in Deutschland in den letzten Jahren zugenommen. 2014 waren 15,4 % aller Deutschen von Armut bedroht.[3]

1 Eine gute Gesellschaftsanalyse zur Frage nach sozialer Gerechtigkeit findet sich bei Thomas Ebert (2015)

2 „Jeder sechste in Deutschland lebende Mensch gilt als armutsgefährdet, über 330.000 Menschen leben ohne eigene Wohnung, viele finden keinen Zugang zu medizinischer Regelversorgung." (nak Nationale Armutskonferenz, Pressemitteilung v. 30.11.2015) Als armutsgefährdet gilt, wer mit weniger als 60 % des sogenannten bedarfsgewichteten Einkommens der Gesamtbevölkerung auskommen muss. Die Grenze lag 2014 für 1-Personen-Haushalte bei einem monatlichen Einkommen von ca. 900 EUR (Berechnung nationaler Armut, in: www.armut.de).

3 Vgl. den Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung: www.armuts-und-reichtumsbericht.de, vgl. auch www.armut.de

Foto: ts-grafik.de/photocase.de

Soziale Ungleichheit und politische Partizipation

Doch viel aufschlussreicher als das Zahlenmaterial sind die gesellschaftlichen Hintergründe der Armut sowie die Gesamtschau auf die Wirkungskette aus wachsender sozialer Ungleichheit und ungleicher politischer Partizipation. „Armut ist ein mehrdimensionales Problem, das ökonomische (…), soziale und kulturelle Aspekte umfasst." (Butterwegge 2012, S. 17 f.) Weitgehende Mittellosigkeit, ein länger andauernder Mangel an lebensnotwendigen Gütern und Dienstleistungen, die Notwendigkeit, staatliche Unterstützung in Anspruch zu nehmen sowie Mängel im Bereich der Wohnung, des Wohnumfeldes, der Haushaltsführung, Ernährung, Gesundheit, Bildung, Freizeit und Kultur sind nur einige Merkmale von Armut. Viel weitreichender sind der Ansehensverlust sowie der Ausschluss der betroffenen Person von einer Beteiligung am gesellschaftlichen Leben. Hierzu gehört „die Macht- und Einflusslosigkeit der betroffenen Personen in allen gesellschaftlichen Schlüsselbereichen, d. h. den Gremien der Wirtschaft, Politik, staatlicher Verwaltung, Wissenschaft und Massenmedien, wo die ganze Gesellschaft betreffende und auch für sie selbst bindende Entscheidungen getroffen werden," sowie „eine allgemeine Missbilligung der Lebensweise" der Armen, die infolgedessen „marginalisiert, negativ etikettiert und stigmatisiert, d. h. ausgegrenzt und in der Regel selbst für ihr Schicksal verantwortlich gemacht werden, während man dessen gesellschaftliche Determiniertheit und seine Hintergründe tunlichst ignoriert bzw. negiert" (ebd., S. 17 f.).

Die Entwicklungen machen deutlich, dass wir es in Deutschland mit einer zunehmenden „Verfestigung von Armut" zu tun haben. Dabei sind „vor allem Familien der Arbeiterschicht, mit mehreren Kindern oder alleinerziehenden Müttern oder Vätern sowie Menschen mit Migrationshintergrund" (Groh-Samberg 2010, S. 15) betroffen.

Ungleiche Entwicklungen und die Krise der Demokratie

Soweit unsere demokratischen Zielvorstellungen von politischen Grundwerten getragen werden, können wir die gegenwärtigen Bedingungen des Zusammenlebens mit marginalisierten Gruppen nicht akzeptieren. Denn die Krise der Demokratie ist im Verlust politischer Gleichheit zu verorten. Die Zukunftsfähigkeit demokratischer Systeme wird maßgeblich davon abhängen, inwieweit es gelingt, politische Grundwerte wieder nachhaltig, wahrnehmbar und respektvoll in die Lebenswelten der von Armut betroffenen Menschen zurückzuführen. Der Staat kann allerdings keine Werte schaffen, das müssen schon die innergesellschaftlichen Regulierungskräfte übernehmen. An dieser Stelle sind alle gefragt. Unsere Demokratie scheint an vielen Stellen reformbedürftig, zumal zentrale Leistungen wie umfassende Partizipation, Repräsentation und Inklusion in Gefahr stehen nicht mehr erbracht zu werden (vgl. Marschall 2014, S. 103 f.; Schäfer 2015, S. 37 f.) Die Gründe hierfür sind vielfältig, lassen sich aber in folgenden ausgewählten Fehlentwicklungen beschreiben: →

a.) im zunehmenden Verlust politischer Gleichheit, b.) in der Omnipräsenz der Wirtschaft, c.) in der defizitären Ordnung politischer Diskurse sowie d.) in der untragbaren Situation ungleicher Bildungschancen. Auf diese Entwicklungen wird im Folgenden kurz eingegangen:

Der Verlust politischer Gleichheit

Die politische Partizipationswahrscheinlichkeit steigt zwar einerseits mit der individuellen Ressourcenausstattung, dem Bildungsgrad und dem verfügbaren Einkommen, andererseits ist zu beobachten, dass trotz eines zunehmenden Ressourcenniveaus die Wahlbeteiligung zurückgeht. In diesem Zusammenhang sind die „politischen Folgen der Verteilung partizipationssteigernder Ressourcen" (Schäfer 2015, S. 73) vor dem Hintergrund einer zunehmenden Ungleichheit in der Mehrzahl der OECD-Staaten von besonderem Interesse. Dabei ist festzustellen, dass in den letzten drei Jahrzehnten die stetig wachsende Ungleichverteilung der Einkommen in 23 entwickelten Demokratien dazu geführt hat, dass die Wahlbeteiligung abgenommen hat, „selbst wenn eine ganze Fülle von institutionellen und sozioökonomischen Faktoren" (ebd., S. 87) beachtet wurde. Die Analyse von Umfragen zu 85 nationalen Wahlen legt einen Befund nahe: „Je ungleicher die verfügbaren Haushaltseinkommen zum Zeitpunkt einer Wahl verteilt sind, desto niedriger fällt die individuelle Wahlbeteiligung aus." (Ebd., S. 87) So glauben untere Einkommensgruppen „überdurchschnittlich häufig, ‚die da oben' interessieren sich nicht für sie und die Stimmabgabe bei Wahlen mache keinen Unterschied." (Ebd., S. 88) Vor dem Hintergrund, dass politische Entscheidungen demzufolge zugunsten der politisch Aktiven getroffen werden, wird die soziale Ungleichheit verschärft. Auch rechtliche Gleichheit „verhindert unter Bedingungen wachsender sozialer Ungleichheit den Anstieg politischer Ungleichheit nicht, wodurch das demokratische Grundprinzip ausgehöhlt wird, dass alle Bürgerinnen und Bürger gleich viel zählen." (Ebd., S. 89)

Die Omnipräsenz der Wirtschaft

Vor dem Hintergrund unserer Betrachtungen zur Würde des Menschen wird die derzeitige Prädominanz der Ökonomie sowie die verabsolutierte Effizienzlogik des Marktes, welche alle Lebensbereiche dem Gesetz von Angebot und Nachfrage unterstellt, dem Menschsein und einer ausgewogenen Repräsentation in der Demokratie nicht gerecht. „Viele Menschen fühlen sich getrieben und überfordert von objektiven oder selbstauferlegten Sachzwängen und Abhängigkeiten." (Kitzler 2014, S. 159) Die Funktionalisierung des Menschen für ein nicht selbst bestimmtes Ziel „stellt eine unhaltbare Restriktion seiner Freiheit und Verantwortung dar" (Nothelle-Wildfeuer 2013, S. 6). Denn Selbstbestimmung ist nur möglich, wenn das Individuum auch an der „Gesellschaft mit ihren Prozessen und Errungenschaften teilhaben kann" (ebd.).

Das Armutsrisiko Arbeitslosigkeit und die damit verbundenen psychosozialen Folgen markieren in diesem Zusammenhang nur eine weitere zentrale Dimension sozialer Ungleichheit, unter der viele Menschen zu leiden haben. „Die Gruppe der Ausgeschlossenen wächst im Gefolge einer funktionalen Arbeitsteilung, die die wissensbasierte und dienstleistungsorientierte Facharbeit zum Normalmodell einer industriellen Hochproduktivitätsökonomie werden lässt." (Bude 2008, S. 22) Die Soziologie spricht hier von sozialer Platzierung und meint damit die „Prozesse und Verläufe, die bestimmen, wie Personen auf Stellen kommen, wie sie in Positionen verbleiben und wie sie zu Statuswechseln gezwungen werden" (ebd., S. 29). „Wenn es keine Instanz außerhalb des Marktes mehr gibt, die seinen Spielraum festlegt, wird die Utopie von einer humanen Gesellschaft durch Ökonomismus ersetzt und jedes Problem der Welt zu einem Problem der Betriebswirtschaft. Kein Zufall, dass Unternehmer Regierungsgeschäfte übernehmen, während Politiker zu Unternehmern werden.[4] Wer in der Wirtschaft herrscht, gibt auch in der Gesellschaft den Ton an." (Kurnitzky 2002, S. 117)

Die Ordnung politischer Diskurse

Es gehört zu den Grundannahmen der Sozialwissenschaften, dass die Beziehungen der Menschen zur Welt durch kollektiv erzeugte Sinnsysteme oder Wissensordnungen vermittelt werden (vgl. Berger/Luckmann 1980). Inspiriert durch die Arbeiten von *Michel Foucault* (2003) hat der Begriff Diskurs an Bedeutung gewonnen. Bei Diskursen handelt es sich um „Formen institutionellen Sprachgebrauchs, um Aussagekomplexe, die Behauptungen über Phänomenbereiche aufstellen und mit (…) Geltungsansprüchen versehen" (Keller 2004, S. 63). Die Massenmedien stellen den öffentlichen Raum für Diskurse zur Verfügung. Sie erzeugen Texte und Bilder, welche zur gesellschaftlichen Wirklichkeitskonstruktion beitragen. Der französische Soziologe *Pierre Bourdieu* hat nachdrücklich darauf aufmerksam gemacht, dass die Massenmedien durch Selektionsprozesse den *kulturellen Code des Politi-*

4 Vgl. hierzu „Seitenwechsel" und „Drehtür-Effekt" unter www.lobbycontrol.de

schen mitbestimmen, das heißt „was politisch denkbar ist" und wer „zu den legitimen Akteuren des politischen Spiels zählt" (Bourdieu 1992, S. 88). Somit werden über Diskurse Deutungszusammenhänge produziert und es geht dabei um die Beantwortung der Fragen, welches Wissen, welche Gegenstände, Zusammenhänge, Eigenschaften, Positionen als wirklich behauptet werden und mit welchen Mitteln und Machtwirkungen Deutungen und Interpretationen zu gesellschaftlichen Entwicklungen und Ungleichheiten vorgenommen werden. Deutungshegemonie liegt vor, wenn

Gleiche Bildungschancen für alle gelten als Schlüssel für Integration und drücken auch die normative Grundlage einer demokratisch verfassten Gesellschaft aus.

jemand, „sei es eine Person, eine Gruppe oder eine Instanz, das Recht oder die Macht hat, zu einem bestimmten Ereignis oder Sachverhalt die vorrangige Interpretation zu liefern" (Höffe 2009, S. 271). Die Überzeugungen und Wertvorstellungen gesellschaftlich etablierter, reicher und gut positionierter Personenkreise dominieren in Deutschland den politischen Diskurs zur sozialen Ungleichheit. Die Betroffenen kommen so gut wie nicht zu Wort. So drängt sich grundsätzlich die Frage auf, welche Machteffekte von einem Diskurs ausgehen und wie sie sich zu den tatsächlichen Alltagsrepräsentationen verhalten.

Ungleiche Bildungschancen

Gleiche Bildungschancen für alle gelten als Schlüssel für Integration und drücken auch die normative Grundlage einer demokratisch verfassten Gesellschaft aus. Man ist sich heute darüber einig, dass der Bildung eine herausragende Bedeutung für die Lebensperspektiven junger Menschen zukommt. Dagegen zeichnet sich in der Realität oftmals folgendes Bild ab: „Die langsam, aber stetig voranschreitenden Polarisierungsprozesse" führen innerhalb der Städte zu einer „Konzentration von bildungsnahen und bildungsfernen Bevölkerungsgruppen in bestimmten Stadtteilen – mit den entsprechenden Verstärkereffekten auf die Entwicklung der dort lebenden Kinder in die eine und die andere Richtung." (van den Brink 2009, S. 11 f.) Die Herkunft aus einer bestimmten sozialen Schicht bzw. Erwerbsklasse in Deutschland hat nach wie vor einen besonderen Einfluss auf den späteren Status des Menschen (vgl. Hradil 2012, S. 177). Und gerade für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund spielt der Erwerb schulischer und beruflicher Bildungsqualifikationen eine Schlüsselrolle in sozialen Integrationsprozessen. Verschiedene Studien weisen allerdings schon seit längerer Zeit darauf hin, dass eine erhebliche Vernachlässigung dieser Gruppen im deutschen Bildungssystem zu beobachten ist. Schule nimmt heute „Selektions- und Allokationsfunktionen wahr und platziert junge Menschen auf der Basis von individuellen Leistungen. Herkunftsbedingte Ungleichheiten und Benachteiligungsstrukturen werden dabei nicht berücksichtigt. Bildungsgerechtigkeit müsste sich mit individualisierten Förderprogrammen auseinandersetzen, die es schaffen, alle Kinder und Jugendliche so zu unterstützen und zu begleiten, dass niemand dabei auf der Strecke bleibt." (Freytag 2013, S. 32)

Die Zukunft der Demokratie

In diesem Sinne zeichnen die beschriebenen gesellschaftlichen Entwicklungen ein ambivalentes Bild von Demokratie. Die politische Entfremdung von beachtlichen Teilen der Bürgerschaft ist nur ein Ausdruck von wahrgenommener Ungleichheit. Es hat Folgen für das Gemeinwesen und das Zusammenleben, wenn die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden. Wir benötigen eine zukunftsgerechte, partizipative Demokratie mit transparenter und argumentativer Klarheit, ausgestattet mit einem gerechten und würdevollen Blick auf die Lebenswirklichkeit der Menschen. In diesem Sinne scheint die Demokratie reformbedürftig, sie ist somit neu zu denken und zu gestalten. Insbesondere die parlamentarische Repräsentation sollte sich auf alle Ebenen der Gesellschaft beziehen, direkte und innovative Beteiligungsformen bei Entscheidungsprozessen sollten demzufolge vorangebracht werden. Die Dominanz der Wirtschaft muss beschränkt werden. Neue Wege im Hinblick auf eine Gemeinwohl-Ökonomie (vgl. Felber 2010; Opaschowski 2009) sind auszuloten. Soziale Grundsicherungen müssen bedarfsdeckend, armutsschützend und repressionsfrei sein.

Auf die Frage, wie wir zusammen leben wollen, ist vor dem Hintergrund unserer Analyse nur eine Antwort naheliegend: unter würdevollen, gerechten, gleichen, nachhaltigen und freien gesellschaftlichen Bedingungen – damit die Zukunft für viele Menschen wieder ein Versprechen und keine Bedrohung darstellt.

→

Zum Autor

Dr. Robert Schmidt ist Soziologe und Kulturwissenschaftler. Er arbeitet als Bildungsreferent in der Akademie Biggesee. Seine Arbeitsgebiete sind Wertebildung, zivilgesellschaftliches Engagement, interkulturelle und psychosoziale Kompetenzen.

robert.schmidt@akademie-biggesee.de

Literatur

Berger, Peter L. / Luckmann, Thomas (1980): Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie. Frankfurt am Main: Fischer

Bourdieu, Pierre (1992): Die verborgenen Mechanismen der Macht. Hamburg: VSA

Bude, Heinz (2008): Die Ausgeschlossenen. Das Ende vom Traum einer gerechten Gesellschaft. München: Carl Hanser Verlag

Butterwegge, Christoph (2012): Armut in einem reichen Land. Wie das Problem verharmlost und verdrängt wird. Bonn: bpb

Crouch, Colin (2008): Postdemokratie. Frankfurt am Main: edition Suhrkamp

Crouch, Colin (2011): Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus: Postdemokratie II. Frankfurt am Main: edition Suhrkamp

Ebert, Thomas (2015): Soziale Gerechtigkeit. Ideen, Geschichte, Kontroversen. Bonn: bpb

Felber, Christian (2010): Gemeinwohl-Ökonomie. Wien: Deuticke

Foucault, Michel (2003): Die Ordnung des Diskurses. Frankfurt am Main: Fischer

Freytag, Tatjana (2013): Gerechtigkeit. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, H. 34–36, S. 31–34

Groh-Samberg, Olaf (2010): Armut verfestigt sich – ein missachteter Trend. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, H. 51–52, S. 9–15

Heichel, Stephan / Knill, Christoph (2013): Institutionelle Rahmenbedingungen moralpolitischer Steuerung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, H. 34–36, S. 57–62

Höffe, Ottfried (2009): Ist die Demokratie zukunftsfähig. München: C.H. Beck

Hradil, Stefan (2010): Der deutsche Armutsdiskurs. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, H. 51–52, S. 3–8

Hradil, Stefan (2012): Soziale Ungleichheit. Eine Gesellschaft rückt auseinander. In: Ders. (Hrsg.): Deutsche Verhältnisse. Eine Sozialkunde. Bonn: bpb, S. 155–189

Keller, Reiner (2004): Diskursforschung. Eine Einführung für Sozialwissenschaftler. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften

Kitzler, Albert (2014): Wie lebe ich ein gutes Leben? Philosophie für Praktiker. München: Droemer TB

Kurnitzky, Horst (2002): Die unzivilisierte Zivilisation. Wie die Gesellschaft ihre Zukunft verspielt. Frankfurt am Main/New York: Campus

Leif, Thomas / Speth, Rudolf (Hrsg.) (2013): Die fünfte Gewalt. Lobbyismus in Deutschland. Bonn: bpb

Marschall, Stefan (2014): Demokratie. Opladen/Toronto: Budrich

Nothelle-Wildfeuer, Ursula (2013): Schwierigkeiten heute mit der Rede vom Menschenbild. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, H. 34–36, S. 3–6

Opaschowski, Horst W. (2009): Wohlstand neu denken. Wie die nächste Generation leben wird. Gütersloh: Gütersloher Verlagshaus

Schäfer, Armin (2015): Der Verlust politischer Gleichheit. Warum die sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet. Frankfurt am Main/New York: Campus

Schiele, Siegfried (2013): Gibt es noch Werte? In: Aus Politik und Zeitgeschichte, H. 34–36, S. 15–19

Van den Brink, Henning (2009): Von den feinen Unterschieden zu großen Ungleichheiten. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, H. 17, S. 8–14